



HESSISCHER LANDTAG

24. 11. 2017

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP

**betreffend keine indirekte Anwendung kuwaitischer Gesetze in Deutschland,
die im Widerspruch zu unserer offenen Gesellschaft stehen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt, dass die Gesetzgebung des Emirates Kuwait den Vertragsabschluss mit israelischen Staatsangehörigen durch Dienstleister des eigenen Landes unter empfindliche Strafen stellt. Eine solche Gesetzgebung steht im Widerspruch zu den Grundsätzen einer offenen Gesellschaft und ist nicht nur eine "antiisraelische" Politik, sondern auch eine eindeutig antisemitische. Der Landtag fordert daher das Emirat Kuwait auf, diese aus dem Jahr 1964 stammende Gesetzgebung zu korrigieren.
2. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag die Ankündigung der Bundesregierung, diese Frage mit Vertretern des Emirats Kuwait intensiv erörtern zu wollen.
3. Der Landtag bittet die Bundesregierung darüber hinaus zu prüfen, welche gesetzgeberischen Möglichkeiten bestehen, Dienstleistern, die auf dieser gesetzlichen Grundlage des Emirates Kuwait agieren, die Erbringung von Dienstleistungen und Waren in Deutschland zu untersagen. Alle diesbezüglichen gesetzgeberischen Möglichkeiten müssen genutzt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 24. November 2017

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
Der Fraktionsvorsitzende:
Rock